Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage "Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 8 Mark und 66% 0/6 Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen

Verlag Ulistein. Chefredakteur Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Rochftraße 22.26

Fernsprech - Zentrale Ullstein, Moritaplata 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin, Postscheckkonto Berlin 660.

Das Milmaium angenommen.

Große Mehrheit im Reichstag.

Im Neichstag hat sich gestern eine große Wehrheit gesunden, um die neugebildete Regierung zu ermächtigen, das in der Erklärung der alliierten Regierungen vom 5. Mai 1921 gesorderte Versprechen abzugeben:

1. ohne Borbehalt oder Bedingung ihre Berpflichtungen, wie sie von der Reparationskommission festgestellt sind, zu erfüllen;

2. ohne Borbehalt oder Bedingung die von der Reparationskommission hinsichtlich dieser Berpflichtungen vorgeschriebenen Garantiemaßnahmen anzunehmen;

3. ohne Borbehalt oder Berzug die Maßnahmen zur Militär., Marine- und Luftabriiftung auszuführen, die der deutschen Regierung von den alliierten Mächten in ihrer Note vom 29. Januar 1921 notissiert worden sind, wobei die rücktändigen sofort und die übrigen zu den vorgeschriebenen Zeiten auszusühren sind;

4. ohne Borbehalt oder Berzug die Aburteilung der Rriegsbeschuldigten durchzuführen und die übrigen unerfüllten, im ersten Teile dieser Rote erwähnten Bertragsbestimmungen auszuführen.

Damit ist die Voraussehung weggefallen, unter ber die Alliierten anklindigten, "am 12. Mai zur Besehung des Auhrtales zu schreiten und alle anderen militärischen Mahnahmen zu Wasser und zu Lande zu ergreisen".

Das neue Reichstabinett wird unmittelbar nach Schluß der Reichstagssichung zusammentreten, um den Wortlaut der Note an die Allierten, in der die Annahme des Altimatums ausgesprochen wird, zu beraten und zu beschließen. Die Note wird heute vormittag den Votschaftern in London, Paris und Rom zur Alebergade an die Regierungen telegraphisch übermittelt werden.

Im Reichstag herrschte gestern in der entscheidenden Stunde allgemein — ohne Unterschied der Partei — das Gesühl der Erleichterung vor. Auch die Parteien, die sich später vor dem Land hinstellen werden, mit der Erklärung, daß sie durch ihr Nein am 10. Mat einen besonders hohen Grad von Tapserkeit bewiesen hätten, waren heilfroh, daß sie nicht in die Lage kommen, die Prode auf das Exempel zu machen.

Auf der Winisserdank nahmen neben Dr. Wirth, der seinem engsten Landsmann im Reichskanzleramt gefolgt ist — der Freiburger Realgymnasialprosessor, dem Freiburger Rechtsanwalt — die alten und die neuen Mitglieder der Reichsregierung Plat, mit Ausnahme des Postministers Siesberts, der adwesend ist. Trot der vollständigen Aenderung der Parteikonstellation, die durch den Austritt der Deutschen Boltspartei und den Eintritt der Gozialdemoskraten erfolgt ist, sieht man meist bekannte Gesichter. Auch der neue Innenminister Dr. Gradnauer hat als sächsischer Ministerprösident lange genug auf der Bank des Reichsrats gesessen gegenüber dem Ministertisch. Hermes, Gröner, Brauns, Gesler blieden auf ihren alten Plägen, und Robert Schmidt, der Sieger über Wissell, sowie Dr. Schiffer haben nach dem volksparteilichen Zwischenspiel die früheren Rollen wieder übernommen.

Die Regierungserklärung, beren Wortlaut in einer Kabinettssigung unmittelbar vor dem Zusammentritt des Reichstags — er verzögerte sich infolgedessen die seigen neun Uhr — festgeselt worden war, machte sichtlich einen sumpathischen Eindruck. Sie wurde an den Stellen stark durch Beisall unterstrichen, die schlicht, aber wirksam die Gesahr der Ablehnung für den Bestand und die Zukunft des Reichs schlieberten. Die Tatsache, daß sich nach allem, was vorausgeganen, in allerletzer Stunde die Männer gesunden haben, die das deutsche Bolk nicht sührerlos in eine Katastrophe hineintaumeln lassen wollen, konnte nicht ohne. Eindruck bleiben auch bei denen, die saur Ablehnung ent, schlossen hatten.

Als eine Regierung des guten Willens stellte sich das Kabinett Wirth vor, und diesen guten Willen zur Leistung und Ersiillung unter schwersten Opfern betonten die Resmer der Parteien, die sich zur Koalition zusammengesunden haben: Wels sich die Sozialbemokraten, Trimborn für das Zentrum und Dr. Haas für die Demokraten. In der sormulierten Erklärung, mit der Dr. Stresem ann das Nein der Deutschen Bolkspartei begründete — es ist bekannt, das eine Reihe gerade der besten Köpfe der Partei, so Kardorff und Raumer, das Mehrheitsvotum der Fraktion als schweren Fehler empfinden — fiel die Werdung auf,

daß "bis zur Stunde" die Versuche, Zusicherungen für Oberschlessen zu erlangen, kein befriedigendes Ergebnis ge-habt hätten. "Bis zur Stunde" haben die Kräfte in der Deutschen Volkspartei sich als stärker erwiesen, die den Wettbewerb und die Stimmmungsgemeinschaft mit der Deutschnationalen Volkspartei den Rotwendigkeiten und Verpflichtungen der verantwortlichen Mitarbeit vorziehen.

Da sämtliche Parteien zu Worte kommen sollten, dauerte die Sitzung noch um Mitternacht fort. Das Ergebnis — Zustimmung zu der Annahme des Ultimatums — stand aber von vornherein fest.

J. E.

Das Kabinett Wirth.

Bentrum, Demofraten, Gogialbemofraten

Das neue Reichstabinett, bas geftern um 38 Uhr abenbs knapp vor Beginn ber Plenarsigung bes Reichstages gebilbet wurde, fest sich wie folgt zusammen:

Reichstanzler und (interimistisch) Aeußeres:
Dr. Wirth (Zenty.);
Vizetanzler und Schahministerium: Gustab
Anner (Goz.);
Inneres: Gradnauer (Goz.);
Wirtschaft: Nobest Schmidt (Goz.);
Finanzen: (noch unbesett);
Justig: Dr. Schiffer (Dem.);

Reichswehr: Gehler (Dem.); Arbeit: Dr. Brauns (3tr.); Evnährung: Hermes (3tr.); Berkehr: Gröner (Dem.); Post: Giesbarts (3tr.); Wieberaufbau: noch unbesent.

Das neue Reichstabinett früht sich auf eine neue Roalition, aus der nicht nur die Deutsche Volkspartei, sondern — und das unterscheidet die neue Roalition von der sogenanuten "alten" — auch die Vaherische Volkspartei ausscheidet. Sie ist eine Minderheites regierung, denm Eozialdemokraten, Zentrum und Demokraten allein versigen nicht über die Mehrheit im Reichstage, und wird auf die Unterstützung oder wohltwollende Reukralität der Vaherischen Volkspartei und der Unabhäugigen angewiesen sein.

Ueber die Verhandlungen, die dieser Lösung vorausgingen, berichten wir an anderer Stelle.

Revordnung auch in Preußen.

Die neuen Koalttionsverhältnisse im Reiche werden ihre unmittelbare Wirkung in Preußen haben. Da die Sozialdemokraten mit dem Zentzum und den Demokraten gemeinsam das Reichskabinett bildeten, ist es selbstverständlich, daß die gleiche Koalition auch in Preußen zustande kommt. Die Sozialdemokraten haben sehr rasch Gelegenheit gefunden, die Fehler ihrer Taktik während der zweiwöchigen preußischen Regierungskrise sehr wieder gutzumachen.

Eine neue Koalition in Breußen bebeutet auch eine Umgestaltung bes Kabinettes, die schon während der gestrigen Berhandlungen im Meichstage in Aussicht genommen worden ist. Das Ministerpräsidum soll Dr. Stegerwald behalten. In der Berteilung der übrigen Porteseuslle aber eine Aenderung so vorgenommen werden, daß Inneres, Kultus und Landwirtschaft mit sozialdemokratischen Ministern besetzt werden. Die früheren Minister Severing, Haenisch und Braun würden damit auf ihre Posten wieder zurücktehren. Dem gegenwärtigen Minister des Innern, Dr. Dominicus, soll das Finanzministerium angeboten werden.

Die Banerische Volkspartei.

mh Minchen, 10. Mai.

Die bayerische Bollspartei hat sich für die Wolehnung des Ultimatums entschieden, obwohl, wie es heißt, eines ihrer hervorragendsten Witglieder lebhaft für die Einigung bei der Regierungsbildung gewirkt hat. Die "Korrespondenz der Bayerischen Bollspartei" wendet sich gegen die Annahme, daß die politische Führung in Bayern nur deshalb den Kat der Ablehnung gegeben habe, "weil die Unterzeichnung die Einwohnerwehrfrage in ein neues, kritisches Stadium bringe." Damit unterschäfte man das bayerische Empsinden sir die Gesamtheit der Leutschen Interessen

Der Wortlaut der Regierungs. Erflärung.

Die gestrige Reichstagsstung, die um 9 Uhr abends begann, wurde durch folgende kurze Erklärung des Reichstagspräsidenten **Löbe** eingeleitet: "Der Keichstag hat sich versammelt, um eine Entscheidung von unadsehbarer Tragweite zu fällen. Indem ich die Sizung eröffne, gebe ich dem Wunsche Ausdruck, daß unsere Verhandlungen von dem Ernste getragen sein mögen, den die geschichtliche Stunde uns allen gebietet. (Beisall.) Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsreaierung.

Darauf gab Reichskanzler Dr. Wirth folgende Erkläs rung ab:

"Der Reichspetäsident hat mich ersucht, die Rabinetisbildung zu übernehmen. Ich habe geglaubt, in einer so entscheidend schweren Stunde mich diesem Ruse nicht bersagen zu dürfen. Die Umstände, unter denen die Regierung gebildet werden mußte, haben es mit sich gebracht, daß nicht alle Ministerien sogleich besetzt werden konnten. Die hierdurch gebotene Ergänzung des Ministeriums soll unter Erwägung aller für die Zusammenschung des Winisteriums wesentlicken Cestickthunde in Angests genommen besten

wefentlichen Gesichtspuntte in Angriff genommen werben. Unfere Aufgabe in Diefer ichweren Stunde ift es, bie Entichetbung bes Reichstages über bas Ultimatum ber alltierten Regies rungen herbeizuführen. In eingebenben Berhandlungen haben Sie, meine Damen und Berren, fich Ihre Meinungen über Juhalt und Bebeutung bes Ultimatums gebilbet. Im hinblid auf ben Ablauf ber Grift muß ich Gie bitten, biefer Ihrer Meinung burch eine unverzügliche Entichliefjung Ausbrud gu geben. Es bleibt uns teine andere Möglichfeit, als Annahme ober Ablehnung, fo hat es ber Gieger beichloffen. Gin 3a bebeutet, bag wir uns bereit erklären, bie fcweren finangiellen Saften, bie man Jahr für Jahr von uns forbert, in freier Arbeit zu tragen, ein "Rein" wirh bedeuten Zwangsvollstredung in unsere gange Bollswirtschaft, Ellavenarbeit unter ber Drohung feinblicher Bajonette, würde bie Rerreifung unferes fo ftart gefchwächten Wirtichaftstorpers bebeuten, Anebelung bes gangen Erwerbslebens mare bie Folge. Roch ungeheuerlicher tonnte fich bie Wirfung auswachsen für unfere politifche Eriftenz. Für unfer Reich fteht mehr als Gelb und Gut auf bem Spiele. (Buftimmung.) Es handelt fich um bie gange Butunft unferes hart geprüften beutichen Baterlandes. Um bas Reich und feine Ginheit gu retten, Deutschland vor ber Befahr einer feindlichen Invafion ju bemahren, Die beutiche Freiheit au bewahren, ift bas beutsche Boll . . . (Die nächften Worte gehen in großem Larm ber Rommuniften unter.)

Die beutiche Regierung nimmt aus biefem Grunde bas Ultitum an. (Bewegung.) Wir wiffen, bag mit biefer Annahme gewaltige Folgen verlnüpft fein werben für bie Geftaltung unferes Birticaftslebens. Bir wiffen vor allem, bag bie Birkungen für die weltwirticaftliche Gingliederung Deutschlands auferorbentlich fcwer fein werben. Die Berantwortung für bie welte wirtschaftliche Bebeutung bes Ultimatums liegt aber bei ber Begenfeite. (Gehr richtig!) Unfere Berantwortung erforbert volle Rlarbeit und volle Aufrichtigfeit. (Bewegung.) Zwecklos mare es, ein "Sa" auszusprechen ohne ben ernften und entich loffe. nen Billen, bas Acuferfte aufzubieten, ben uns auferlegten Baften gerecht zu werben. Mur burch Leiftungen, nicht burch Borte, konnen wir unfere Gegner von ber Aufrichtigfeit unferes Bollens überzeugen. (Buftimmung bei ber Mehrheit.) Bir muffen abet verlangen, daß eine erträgliche Handhabung ber Londoner Befoluffe im Rahmen unferer Leiftungsfähigfeit gefichert wird. (Lebhafte Zuftimmung.)

Durch bie Unnahme bes Ultimatums beseitigen wir bie nahe brobende Befegung bes Ruhrreviers. (Aha! auf ber außerfien Rechten und außerften Linten.) Die Beforgnis, bag - mogen wir unterzeichnen ober nicht - es boch einmal ju ber Befegung tommen wird, findet in bem Mitimatum feine Stuge. (Ladjen recits.) Rach bem Ginn und bem Bortlaut bilbet bie Abstandnahme bon Sanktionen, insbesondere bie Richtbesegung des Ruhrgebiets, Die Grundlage ber Annahme bes Mitimatums. (Beifall.) Daf wir bei biefer ichidfalsichweren Entichliegung unferen Blid auch auf Dberichlefien richten, bebarf feiner Begründung. Musichlage gebend muß das Ergebnis der Bollsabstimmung fein. (Ere neuter Beifall.) Worauf es jest antommt, ift, daß die allierren Regierungen ben bon polnifcher Geite gemachten Berfuch. eine allem Recht hohnsprechende Tatfache gu ichaffen, nicht bulden werden, daß auf feinen Fall polnischer Terror unfer Recht aus bem Friedensvertrage mit Füßen tritt. Diefer Friedensvertrag. burch ben uns, burch ben Deutschland und feinem Bolte gigantifche